

13. + 14. + 15. Dezember 2016

## Haushaltsdebatte - Generaldebatte

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

Sonst ist es eine übliche Methode zu jammern, wie schwer die Zeiten sind, wie hart der Regierungs-Job ist und wie knapp die Kassen sind. Das ist jetzt nicht so. Und der Senat versucht es erst gar nicht. In einem solchen wirtschaftlichen Umfeld muss das Regieren doch eine wahre Freude sein.

Da sind zum Ersten die Zinsen. Wir haben jetzt ein historisch extrem niedriges Zinsniveau, das (für Neu-Kredite) nicht mehr weit von null entfernt ist. Dies ist von einer unseriösen EZB-Politik des billigen Geldes verursacht worden – und zwar bei dem untauglichen Versuch von Herrn Draghi, in seinem Heimatland und in anderen Südländern der Eurozone die Zinslast der völlig überschuldeten Länder zu mindern, die Wirtschaft anzukurbeln und die Beschäftigung zu erhöhen .

Mindestens Letzteres ist ein frommer Wunsch und wird scheitern, solange Italien, Griechenland und einige andere Länder noch im Euro bleiben. Aber in der Zwischenzeit freut sich nicht nur der Bundesfinanzminister über die Kostenentlastung, sondern auch der Hamburger Finanzsenator Tschenscher. Dann sollte man allerdings erwarten, dass die ersparten Zinslasten für die Tilgung von Staatsschulden ausgegeben werden. Das geschieht jedoch nicht im erforderlichen Umfang.

Zweitens befinden wir uns in einer sehr guten Konjunkturlage. Das heißt, die Beschäftigung ist sehr gut und die Steuereinnahmen sind sehr hoch. Mehr geht nicht. Von einer anti-zyklischen Finanzpolitik kann aber nicht die Rede sein. Dazu hätte der Haushalt kleiner sein müssen, und es hätte viel mehr Schuldentilgung erfolgen müssen.

Fazit: Aufgrund beider exogener Fundamentalfaktoren (also niedriger Zinsen und guter Konjunktur) ist es kein besonderes Verdienst des Senates, sondern eine pure Selbstverständlichkeit, dass mindestens keine neuen Schulden gemacht werden sollen.

Ich kann hier nicht über den Haushalt reden, ohne über die Form der Präsentation durch den Senat zu sprechen. Diese ist so mangelhaft, dass sie die Ausübung der politischen Kontrolle durch die Bürgerschaft unangemessen erschwert.

Die vorige Bürgerschaft hatte beschlossen, die Doppik einzuführen. Dafür hat es sicher gute Gründe gegeben, die wir auch nicht in Frage stellen wollen. Allerdings hat es auch die Konsequenz, dass damit eine Zeitreihen-Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben ist. Konkret: Ein sinnvoller Vergleich einer Doppik-Position mit der entsprechenden Position der alten kameralistischen Rechnung ist praktisch unmöglich, was für das Parlament eine Zumutung darstellt. Mindestens hätte man für eine begrenzte Anzahl von Jahren parallele Zahlen für die relevanten Kategorien ausweisen müssen, damit ein Zeitreihenvergleich möglich ist.

Die Doppik-Rechnung mag zwar toll sein -- spricht inhaltlich sachgerecht (was wir nicht bestreiten wollen) -- wenn man sie nur verstehen würde. Klagen über mangelndes Verständnis der vorgelegten Doppik-Rechnung zum Haushalt gab es aber nicht nur von Oppositionspolitikern wie mir, sondern auch von Mitgliedern der Regierungs-Fraktionen und sogar von Beamten.

Ich habe in drei Ausschüssen jeweils mehrere Stunden lang die Fragen und Diskussionen zu den einschlägigen Einzel-Haushalten miterlebt und miterlitten. Die Abgeordneten aller Fraktionen (einschließlich der roten und grünen) haben sich ernsthaft bemüht, zu verstehen, was der Senat ihnen da aufgetischt hatte.

Sie haben viele einzelne, schwer verständliche Positionen hinterfragt. Nicht selten war die Antwort der Senatsvertreter, also der eigentlichen Experten und Autoren des Rechenwerks, die bisweilen in beeindruckender Kopfzahl vertreten waren, ziemlich unbefriedigend. Es war da nicht selten von "Sondereffekten" in der vergangenen oder der Planperiode die Rede, weshalb Zahlen anders ausgewiesen waren als man vielleicht mit dem gesunden Menschenverstand eines Abgeordneten vermuten würde.

Leider waren solche Sondereffekte in aller Regel im Haushalts-Entwurf nicht dokumentiert und begründet. Man konnte sie nur mündlich von den Hohepriestern der jeweiligen Behörde erfahren. Ich möchte mal wissen, was die Wirtschaftsprüfer oder die Finanzämter sagen würden, wenn in der Bilanz eines Unternehmens plötzlich Zahlen auftauchen, die nicht adäquat nachvollziehbar hergeleitet und begründet sind.

Was für Folgerungen sollte man daraus für die nächste Haushalts-Periode ziehen :

1. Natürlich müssen alle Sondereffekte oder Abgrenzungsänderungen, neue oder gestrichene Positionen etc. für jeden Leser nachvollziehbar dokumentiert und begründet werden. Das kann man auf Papier oder online machen, am besten beides.
2. Alle relevanten Zahlen und Sachverhalte müssen nachvollziehbar komprimiert und auf einer überschaubaren Zahl von Druckseiten

zusammengefasst werden. Prozentuale Veränderungen und Relationalzahlen sind häufig aufschlussreicher als die absoluten Werte in Euro.

3. Die Haushalts-Entwürfe sollten zukünftig vor Behandlung in der Bürgerschaft von einer unabhängigen Instanz (z.B. dem Landesrechnungshof) unter buchhalterischen und logischen (d.h. nicht politischen) Gesichtspunkten überprüft und testiert werden. Hierzu bietet sich die Parallele zu Wirtschaftsprüfern bei Unternehmen an. Der Prüfauftrag sollte die Aussage inkludieren, ob die Zusammenfassungen der Einzelpläne adäquat aus den Detailzahlen aggregiert wurden sind.

### **Zu den politischen Inhalten:**

Was inhaltlich am meisten auffällt, ist, dass der Haushalt stark gegenwartsbezogen ist -- um die aktuellen Anspruchsteller konsumtiv politisch zu befriedigen. Es fehlt eine klare Zukunftsorientierung. Das ist aber gerade dann gefordert und finanziell möglich, wenn die Finanzlage besser ist als im langfristigen Durchschnitt -- also jetzt.

Gravierende Versäumnisse gibt es z.B.

#### **1. bei der Verkehrs-Infrastruktur.**

Und dies gilt sowohl für den privaten wie für den öffentlichen Personennahverkehr -- und für den Verkehr überhaupt. Hamburg ist die deutsche Stau-Hauptstadt. Das ist mehrfach dokumentiert worden. Die Bürger haben das nicht nur in der Zeitung gelesen, sie spüren es auch als Autofahrer täglich am eigenen Leib -- durch ärgerliche Zeitverluste und Nerverei im Straßenverkehr. Und sie wissen, dass es das Ergebnis jahrzehntelanger Vernachlässigung der Hamburger Strassen-Infrastruktur durch diverse SPD-Senate war -- mal mit und mal ohne andersfarbige "Anbauten".

Und die Bürger erleben jetzt, dass Bau-Maßnahmen -- insb. solche für die grüne Fahrrad-Euphorie -- zu Lasten des Straßenverkehrs und der Parkplätze gehen. Auch wir sind für eine Verbesserung der Radverkehrs-Infrastruktur -- aber nicht ideologisch und mit der Brechstange auf Kosten von Autos und Fußgängern, um die Wünsche des "grünen Anbaus" und ihrer Klientel zu befriedigen.

Wenn Letztere von der "Fahrradstadt Hamburg" träumen und uns mit Münster oder Kopenhagen vergleichen, sollte man ihnen sagen, dass Hamburg nicht nur viel größer ist, sondern auch eine Weltmetropole, die wesentlich vom Handel lebt. Die Vernetzung in globalen Handelsströmen macht eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur bei Straße und Schiene unabdingbar. Da hilft das Fahrrad nicht viel.

Von der dringend erforderlichen Elbvertiefung, die der Senat immer gegen den zähen Widerstand der grünen Ideologen (und sogar des Senators Kerstan)

vorantreiben muß, will ich hier jetzt gar nicht reden -- sondern eher hoffend nach Leipzig blicken.

Und was macht der Senat beim innerstädtischen Verkehr? Er beschleunigt die Busse -- behauptet er jedenfalls. Er versenkt hunderte von Millionen in ein Busbeschleunigungsprogramm, nur damit auf einzelnen Buslinien ein bis zwei Minuten Zeitgewinn erzielt werden. Stellt das eine substantielle Verbesserung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV dar? Sicher nicht. Entspricht es einer effizienten Nutzung von Steuermitteln? Nein. Das Busbeschleunigungsprogramm wäre eine schöne Quelle für Sparmaßnahmen, um das Geld woanders besser einzusetzen.

Ja, wir brauchen mehr und bessere U- und S-Bahnen in Hamburg, mehr Strecken und Haltestellen, höhere Takt-Frequenz (das heisst 90-Sekunden-Takt), mehr Komfort und Vernetzung. Aber wenn man sich die Planungen für die U5 ansieht, die den Bürgern in Bramfeld und Lurup schon vor 40 Jahren versprochen worden ist, dann werden die wohl noch weitere Jahrzehnte warten müssen bis sie endlich fertig ist. Und ob die Streckenführung richtig ist, -- das heisst die Neubau-Schleife der U5 ganz von außen in die Innenstadt und wieder raus -- kann man mit Recht bezweifeln. Hohe Kosten und Zeitverluste bringt sie auf jeden Fall.

Ohne jahrzehntelange SPD-Versäumnisse in dieser Frage (ich könnte auch sagen "ohne die politische Angst vor unvermeidlichen Anwohner-Protesten") hätten wir jetzt vielleicht ein ÖPNV-System, auf das die Autofahrer freiwillig umsteigen würden. Das gilt auch für die Umland-Anbindung. Wenn Hamburg beim Schienenverkehr umfassend in Kategorien der Metropolregion denken würde, hätten wir vermutlich weniger Auto-Pendler und mehr Bahn-Pendler.

Überhaupt sollte man nicht mehr von der "Wachsenden Stadt", sondern von der „Prosperierenden Metropolregion“ sprechen, um die relevante Denke deutlich zu machen.

## **2. Lehre und Forschung**

Der Senat redet zwar immer von der Bedeutung der Wissenschaft und der Universitäten für die Entwicklung der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in Hamburg. Das klingt dann hübsch.

Aber wenn es Ernst wird -- also wenn es ans Geld geht, weil auch Lehre und Forschung nicht gratis sind -- dann zeigen sich die wahren politischen Präferenzen. Und es zeigt sich der wahre Stellenwert von Universitäten und anderen Hochschulen für den Senat. Und der ist ziemlich niedrig. Statt die Bafög-Millionen dorthin zu geben, wo sie bestimmungsgemäß hin sollten -- nämlich zu den Hochschulen -- verkonsumiert man sie an anderer Stelle - und die Universitäten gehen leer aus.

Universitäten und Forschungs-Institute sind von herausragender Bedeutung für Hamburgs wirtschaftliche Zukunft. Das ist eine Frage exzellenter Universitäten und Forschungseinrichtungen. Da sollte der Hamburger Senat nicht kleckern, sondern klotzen. Was Hamburg da zu bieten hat, ist nicht schlecht, aber viel mehr wäre sehr viel besser.

Hamburg könnte mit vergleichsweise wenig Geld die besten Forscher aus Deutschland, Europa und aller Welt hierher locken, wenn der Senat gute Arbeitsbedingungen bereithält. Also: Nehmen Sie für die Hamburger Universitäten deutlich mehr Geld in die Hand, als im Haushalt jetzt vorgesehen. Das zahlt sich in einigen Jahren aus, in Steuereinnahmen und in Arbeitsplätzen. Wichtig ist auch hier, sich nicht auf den alten Lorberer auszuruhen, sondern neue Forschungsfelder zu erschließen.

### **3. Schule**

Auch bezüglich der Schule hat Hamburg ein dauerhaftes und systematisches Bildungsproblem. Unsere Schüler befinden sich insbesondere in den MIN-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften) auf den hinteren Plätzen der Länderrankings. Damit wird Zukunft verspielt, denn Hamburgs Unternehmen brauchen sowohl gute Auszubildende als auch hochqualifizierte Naturwissenschaftler und Mathematiker. Die Lösung sollten wir oben und unten suchen -- jahrgangsmäßig gesprochen.

Unten wird dafür die Basis bereits in jungen Jahren gelegt. Davon sollen vorzugsweise die Hamburger Grundschüler profitieren, denen in den Ergebnissen der KERMIT-Untersuchungen ein besonderer Nachholbedarf in Mathematik attestiert wird. Deswegen wollen wir dort ansetzen und den Mathematikunterricht stärken. Wir wollen erhebliche Mittel in die Hand nehmen, um zusätzliche Fachlehrer einzustellen und die Stundentafel zu erhöhen.

Oben, also altersmäßig in den letzten beiden Klassen, wollen wir etwas für den Spitzenbereich tun und Haushaltsmittel für die Verbesserung der Qualität einsetzen. "Leistungszentren" sind unsere Antwort auf die bisherige fatale Absenkung von Leistungsstandards an den Hamburger Schulen (insb. den Gymnasien), unter der gerade die besonders leistungsfähigen und leistungswilligen Schüler leiden. Hier soll die Möglichkeit geboten werden, daß sich besonders qualifizierte und motivierte Hamburger Schüler von Gymnasien ebenso wie von Stadtteilschulen bewerben und nach Bestehen einer anonymen Aufnahmeprüfung, die für alle gleich ist, besonders anspruchsvoll gefordert und gefördert werden.

### **4. Wirtschaftsstruktur**

Besonders wichtig ist die Hamburger Wirtschaftsstruktur, die ökonomische Basis der Stadt. Jeder von Ihnen kennt den Spruch "Wirtschaft ist nicht alles,

aber ohne florierende Wirtschaft ist alles nichts". Und ich denke, jeder von Ihnen wird dem Satz zustimmen. Hamburg hat aufgrund seines Branchen-Mix gute Voraussetzungen.

Wenn Senatsvertreter zu diesem Thema reden, hört sich alles noch ein bißchen rosiger an. Hausgemachte Probleme gibt es offenbar nicht. Wenn man einen Oppositionspolitiker der CDU dazu hört, denkt man, der Senat macht alles falsch, und seine hausgemachten Fehler überrollen uns schon morgen. Beides ist natürlich übertrieben, folgt aber der parteien-zentrierten Logik unserer Konkurrenz-Demokratie.

Eines haben beide Seiten gemeinsam : Sie denken und reden nur für einen kurzen Zeithorizont -- und nur für das, was noch kurzfristig einen politisch-medialen Ertrag abwirft. Oppositionspolitiker können sich das leisten, denn die reden ja nur. Regierungspolitiker können sich das nicht leisten. Bei ihnen zählt nicht, was sie hier am Pult sagen, sondern was sie konkret tun und welche Folgen das morgen und übermorgen hat.

Auf diesbezügliche Mängel früherer SPD-Senate, die wir heute schmerzlich spüren, habe ich ja schon bei Thema Verkehrs-Infrastruktur hingewiesen. Was heißt das für heute bezüglich der Wirtschaftsstruktur ? Der Senat rühmt sich seit langer Zeit seiner Clusterpolitik. Das ist grundsätzlich nicht zu kritisieren.

Aber: Wenn der Cluster-Ansatz mehr sein soll als reine Deskription, darf er nicht nur gegenwartsbezogen und struktur-konservativ sein. Aktive Clusterpolitik, die tatsächlich Wirkung hat (bei der also der Staat tatsächlich Unternehmen und Märkte wesentlich beeinflusst), ist auch ein Stück weit struktur-dirigistisch. Und das lehne ich als überzeugter Marktwirtschaftler natürlich ab

Vorausschauende Standort-Politik sollte in den Produkt-Zyklen ein Stück früher ansetzen: Was sind die Märkte und Cluster von morgen, die Hamburg übermorgen noch voranbringen und Arbeitsplätze schaffen und erhalten? Inhaltlich kann ich Ihnen die Antworten nicht geben. Aber ich weiß, wo ich die Antworten suchen würde, nämlich an der wissenschaftlichen Forschungsfront der verschiedenen Fächer, und zwar nicht nur in bisherigen Clustern, sondern auch weit darüber hinaus.

Ich sag mal ein paar Worte zu meinen eigenen Erfahrungen. Über mehr als 2 Jahrzehnte habe ich mich mit Telekommunikations- und Mobilfunk-Regulierung befasst. Auf der ersten Stufe in diesem Technologiebereich waren die Naturwissenschaftler und Ingenieure, die die Funktionalitäten und Systeme entwickelt und die Komponenten erfunden haben. Dies erfolgte auf der Basis von wissenschaftlicher Forschung, die meist an Universitäten ihren Ausgang nahm.

Das kann man generalisieren. In technologie-basierten Sektoren erfolgen die ersten Schritte ins Neuland immer in Universitäten und staatlichen und privaten Forschungs-Instituten. Und Grundlagen-Forschung ist in der Tat eine legitime staatliche Aufgabe. Da braucht man keine ordnungspolitischen Skrupel zu haben.

## **5. Innere Sicherheit**

Ein weiteres Feld von herausragender Bedeutung für Hamburg ist die innere Sicherheit. Auch dabei wird viel geredet und versprochen, aber immer noch viel zu wenig getan. Hamburg ist ein Hotspot für Einbruchskriminalität, vor allem für ausländische Banden. Und die Aufklärungsquote liegt unter 10% , also jämmerlich niedrig. Dies ist geradezu eine Einladung. Genau so gut könnte man in rumänischen und georgischen Zeitungen und Internet-Plattformen inserieren: "Kommt alle zum Klauen nach Hamburg. Da gibt es was zu holen und erwischt werden Ihr sowieso nicht".

Wohlgemerkt: Das ist kein Problem der einzelnen Kriminalbeamten, sondern ein Problem der politischen Führung dieser Stadt, die nicht nur die Hamburger Bürger, sondern auch die Polizei mit den Problemen allein lässt, statt letztere adäquat zu verstärken und auszurüsten. Dies bezieht sich auch auf elektronische und visuelle Überwachungs-Maßnahmen.

Die Einbruchs- und andere Formen der Kriminalität (z.B. Computer-Kriminalität) werden in den nächsten Jahren noch gewaltig steigen, wenn der Senat nicht entschlossen gegensteuert. Das Gefühl von Unsicherheit ist bei den Bürgern gravierend angewachsen. Wir brauchen viel mehr Polizisten, mehr Ermittler bei der Kripo, mehr Auswerter von Internet-Evidenz bei Polizei und Verfassungsschutz, mehr Sonderkommissionen zur Bekämpfung von Einbruchskriminalität usw.

Qualifizierte Verbrechensbekämpfer bekommt man nicht vom Arbeitsamt. Man muss sie selbst ausbilden, was Jahre dauert. Und man muss guten jungen Leuten Anreize und Perspektiven geben, zur Polizei zu kommen. Der Senat reagiert auf die kommende Bedrohung zwar vorsichtig in die richtige Richtung, indem ein paar mehr Stellen bei der Polizei geschaffen werden. Aber die werden vermutlich bei weitem nicht ausreichen. So dass man auch in drei Jahren wieder sagt: Warum habt Ihr nicht gleich deutlich höhere Kapazitäten bei der Ausbildung von Polizisten geschaffen?

Was den Mißmut der Bürger über "die Politik" in Hamburg angeht, kann man gleich von der mangelnden Inneren Sicherheit zu den Problemen bei den Kundenzentren übergehen. Ja, sie heißen tatsächlich "Kunden"zentren. Als "Kunde" fühlt man sich aber nicht, wenn man tagelang auf eine Verlängerung eines Reisepasses warten muss. In der Praxis sind es aber oft nicht Tage,

sondern Wochen. Auch hier wird man sehen müssen, ob die neugeschaffenen Stellen die Probleme lösen. Viele bezweifeln das.

## 6. Sport

Was den Sport betrifft, ist Hamburg auch nach dem Olympia-Aus kreativ, was das Erfinden neuer Begriffe und Pläne betrifft. Jetzt sprechen wir also vom "Masterplan Active City". Hübscher Name. Was aus den angedachten 26 Projekten, die überwiegend dem Breitensport zugute kommen sollen, in der Praxis einmal werden wird, müssen wir abwarten.

Wenn man sieht, dass bei großen städtebaulichen Vorhaben wie der Hafencity oder der Neuen-Mitte Altona Sportflächen offenbar vergessen wurden (oder wohl nicht so wichtig waren) wird man zu Recht erst einmal skeptisch sein.

## 7. Datenschutz

Rot-Grün will den Datenschutzbeauftragten selbständiger machen und seine Stellenzahl erhöhen. Dem werden wir grundsätzlich zustimmen.

Beim Thema Datenschutz ist mir dann in den Sinn gekommen, dass die Deutsche Telekom vor kurzem ganz erhebliche Datenschutz-Probleme hatte. Offenbar ging es um Hacker-Angriffe, deren Herkunft man im Ausland (evtl. in Russland) geortet hat. Am letzten Sonntag habe ich in der FAZ gelesen, dass offenbar aus dem gleichen Land Erkenntnisse aus Hacker-Angriffen gezielt zur Beeinflussung des US-amerikanischen Präsidentschafts-Wahlkampfes eingesetzt wurde. Vermutungen gehen dahin, dass auch die Quelle der Angriffe auf die Server des deutschen Bundestages dort zu verorten ist.

Und dann habe ich mich erinnert, dass die AfD-Fraktion am 10. Dezember 2015 einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht hat, in Hamburg ein "Forschungsinstitut für Datensicherheit" einzurichten, um unter anderem genau solche Probleme wie die eben genannten zu erforschen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Nach der Einbringungsrede der AfD haben Redner aller Fraktionen das natürlich abgelehnt, wie das immer so der inhaltsbefreite Reflex gegenüber AfD-Anträgen ist. Ich zitiere mal den Wissenschafts"experten" der Linkspopulisten, Herrn Dolzer. Er hält den AfD-Vorschlag eines Forschungsinstituts für Datensicherheit für *"elitär und gefährlich für den gesellschaftlichen Frieden"* und für einen *"vernunftbefreiten Vorschlag aus dem Repertoire populistischer Maßnahmen"*. Wow !! Aber auch etliche andere Damen und Herren aus diesem Hause haben den Antrag mit niveaulosen Begründungen abgelehnt, dass ich mich immer noch für einzelne Redner freudschäme. Damit blamiert man nicht nur sich selbst und die eigene Fraktion, sondern die ganze Bürgerschaft.



Ähnlich niveaulos, aber noch stärker hysterisch und aggressiv aufgeladen war einige Monate später die Reaktion auf den AfD-Antrag zum "Forschungsinstitut für vergleichende Kulturforschung und Integration" den Herr Dr. Baumann hier eingebracht hat. Wenn ein AfD-Abgeordneter das Wort "Kultur" in den Mund nimmt, kann das ja nur rechtspopulistisch oder noch Schlimmeres sein.

Soviel inhaltslose Diffamierung einer demokratisch gewählten Fraktion tut dem Niveau des Parlaments und seinem Ansehen ganz sicher keinen Gefallen. Und ich habe mich gefragt, warum sich manche Abgeordnete so unterirdisch präsentieren. Meine psychologische Deutung lautet: Applaus tut dem Ego gut. Und mit nichts bekommt man in diesem Hause so viel Beifall wie mit derbem AfD-Bashing. Und dies erfolgt vorzugsweise vom Podest der "neuen deutschen Pseudo-Hochmoral" und der Political Correctness.

Aber in der Wahlkabine zählt das wenig. Warten wir mal die nächsten Landtags- und Bundestags-Wahlen ab.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.